



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession des Nationalrates:

Gemeinsam packen wir es!

Thürnen, 24. Juni 2020

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Die Sommersession war anspruchsvoll, vor allem auch physisch. Der ungewohnte Rahmen der BernExpo, die stickige Luft und die schweren Debatten – das brauchte Kraft.

Trotz zusätzlich verlängerter Sitzungstage haben sich so im Nationalrat so viele Beratungen angestaut, dass Ende Oktober nochmals eine einmalige Sondersession von zwei Tagen erfolgen muss. Aus Sicht von berufstätigen Ratsmitgliedern ist diese Einberufung einer sechsten Session ein unerfreuliches Zeichen, es ist der ausserordentlichen Situation geschuldet. Ich ärgere mich aber, dass es dem Parlament in Krisenzeiten nicht so gut gelingt, wesentliches von unwesentlichem zu trennen. Aber auch hier gilt es zu sagen: Es ist wohl so, dass der Kampf hin zu einer neuen Normalität holprig und anspruchsvoll bleiben wird.

Was wir uns nicht mehr leisten dürfen sind formelle und bürokratische Vorgehensweisen – auch nicht von Fraktionskollegen. Es darf nicht mehr passieren, dass wir inhaltliche Themen, die dringend sind aus formellen Gründen ablehnen, wie zum Beispiel bei der Diskussion über die Vorstösse zur Kurzarbeitsverlängerung und Erwerbssersatzordnung.

Leider wurde die Session gegen Ende der zweiten Sessionswoche durch die tragischen Neuigkeiten über den Tod unseres Fraktionskollegen Albert Vitali erschüttert. Überraschend schnell musste Albert uns verlassen, was für alle ein Schock war. Albert Vitali spielte für mich eine besondere Rolle: Er war ein humorvoller, pflichtbewusster Wegbegleiter, wir wurden zusammen im Jahr 2011 in den Nationalrat gewählt und hatten uns auf Anhieb ausserordentlich gut verstanden. Ich werde ihn vermissen.

Kredite für die Wirtschaft unbestritten, Kampf gegen die Rezession

Das Parlament beschloss Kredite über fast 60 Milliarden Franken, um die Wirtschaft in Schwung zu halten und Konkurse zu verhindern. Rund ein Drittel davon fliesst in die Arbeitslosenkasse, um Kurzarbeitsentschädigungen auszurichten. Auch viele KMU profitieren von der direkten oder indirekten Unterstützung.

Die ungewohnt rasche Reaktion von Bundesrat und Parlament hatte Signalwirkung. Dennoch, wir werden in diesem Jahr mit einem schmerzlichen Rückgang des Bruttoinlandproduktes von rund fünf Prozent rechnen müssen und dies wird einschneidende Folgen haben. Wir müssen nun alle die Arme hochkrepeln und hart arbeiten, dann packen wir diese schwierige Situation – und dies rascher als die anderen – davon bin ich überzeugt. Wir sind ein schaffiges Volk und wissen, wann es darauf ankommt gemeinsam am Erfolg zu arbeiten.

Leider keine Abschaffung der Industriezölle (19.076)

Die Gegner der Vorlage argumentierten, dass sich der Bund angesichts der Neuverschuldung keine weiteren Einnahmeausfälle leisten könne. Doch der Effekt, den die Abschaffung der Industriezölle bewirkt hätte, wäre fast doppelt so hoch gewesen wie die Ausfälle der 560 Mio. CHF. Die Unternehmen hätten nicht nur günstiger einkaufen, sondern insbesondere viel an administrativem Aufwand einsparen können. Und wenn es den Unternehmen gut geht, bezahlen sie auch Steuern. Die Abschaffung der Industriezölle hätte in der Corona-Krise zudem ein positives Zeichen gesetzt. Leider sind wir mit unserem Minderheitsantrag in der Eintretensdebatte mit 108 zu 83 Stimmen unterlegen. Nun ist der Ständerat am Zug. Wenn er auf die Vorlage eintritt, haben wir wieder eine Chance, den Spiess noch einmal umzudrehen.

In der Fragestunde habe ich noch nach einigen Klärungen verlangt:

Kitas verdienen nicht doppelt

Auf meine Anfrage hin versicherte Bundesrat Alain Berset dem Nationalrat, dass die vom Bundesamt für Sozialversicherungen erarbeiteten Berechnungs- und Zahlungsmodalitäten zuverlässig verhindern, dass Einkommensausfälle von Kitas überkompensiert werden. Denn sämtliche Soforthilfen der Kantone müssen von den Entschädigungen des Bundes für entgangene Elternbeiträge abgezogen werden.

Doppelspur im Laufental

Sie erinnern sich: Nur ungenügend beantwortete der Bundesrat in der Frühlingsession meine Fragen bezüglich des Fortschritts beim Doppelspurausbau im Laufental. Nun habe ich nachgefasst und fragte nach einem konkreten Terminplan und ob der Ausbau der Bahntrasse im Laufental bis im Jahr 2025 tatsächlich realisiert werde. Die Antwort des Bundesrates fiel etwas langatmig aus. Immerhin stellt die Landesregierung fest, dass die Doppelspur im Laufental eines der ersten Projekte des Ausbaus schrittweise 2035 sein wird, dass per Ende 2025 in Betrieb gehen soll – vorbehältlich Beschwerden und Einsprachen notabene.

Postfinance als Konkurrentin für Banken und Versicherungen

Bis anhin durfte die Postfinance keine Kredite und Hypotheken gewähren. Nun will der Bund dieses Verbot aufheben. Wird dies gemacht, greift ein Bundesbetrieb in den Markt ein. Vom Bundesrat will ich wissen, ob er die Folgen dieses Eingriffs abschätzen liess. Die Antwort erwarte

ich während der Herbstsession im September dieses Jahres. Ich vermute, dass die Schaffung der neuen Möglichkeiten deshalb als notwendig erachtet wird, weil das Geschäftsmodell der Postfinance aufgrund der Negativzinsen nicht mehr funktionieren kann, eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit ist da zwar eine naheliegende Idee, aber sie hat weitreichende Konsequenzen, denn mit diesem Schritt wird die Schweiz als Eigentümerin der Post auch Bank. Dies führt zu erheblichen Interessenkonflikten und verletzt die Subsidiarität. Wir haben in unserem Land kein Bankversagen und damit auch keine Grundlage für eine bundesstaatliche Geschäftsbank, die in den Markt eingreift. Ausser Risiken haben die Bürger nichts davon.

Bundesgesetz über die Quellensteuer: revidiert mit Stolpersteinen (20.3692)

Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen, die Voraussetzungen für eine nachträgliche ordentliche Veranlagung jedoch erfüllen, können gemäss dem neu revidierten Bundesgesetz über die Quellenbesteuerung, welches ab 1.1.2021 in Kraft treten wird, jeweils bis zum 31. März einen Antrag auf eine nachträgliche, ordentliche Veranlagung stellen. Die Frist von drei Monaten ist zu kurz, da die dafür nötigen Unterlagen für eine entsprechende Berechnung oft noch gar nicht vorhanden sind. Mit meiner Motion will ich den Bundesrat beauftragen, die Frist um drei Monate auf den 30. Juni zu verlängern.

Die Sommerferien stehen vor der Tür – Zeit für Musse und Erholung, aber auch Zeit um sich vorzubereiten auf alle Herausforderungen, die auf uns zukommen. Ich bin zuversichtlich. Wir schaffen das. Tanken Sie Energie, geniessen Sie die Sommerzeit und bleiben Sie gesund. Ich werde mit grossem Engagement und Energie in den Herbst starten – es gibt viel zu tun, packen wir es an! Gemeinsam sind wir stark.

Erholsame Sommerferien!

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch